

Eine Strategie der Einflussnahme

Interview mit Caritas-Koordinator Robert Urbé

Seit vier Jahren publizieren Sie den sog. Sozialalmanach, immer kurz vor der Rede zur Lage der Nation. Was versprechen Sie sich von der Publikation, von dem Werk und vom Erscheinungstermin?

Robert Urbé: Wir versprechen uns natürlich davon, dass wir die Debatte zur Lage der Nation mit beeinflussen können. Wir stellen den Sozialalmanach deswegen auch allen Abgeordneten sofort nach Erscheinen zu, sodass sie die Möglichkeit haben – sofern sie es wünschen – sich den einen oder anderen Aspekt anzueignen und in ihren Beitrag zur Debatte einzubringen. Ob wir mit dem Zeitpunkt richtig liegen oder ob wir nicht noch etwas früher erscheinen müssten, ist eine Frage, die wir uns immer wieder stellen. Wenn wir nämlich wie dieses Mal 10 Tage vor der Debatte herauskommen wollen, müssen wir unseren Redaktionsschluss auf Ende März setzen. D. h. die Geschehnisse zwischen Ende März und Anfang Mai konnten wir nicht mehr verarbeiten. Gerade dieses Jahr ist in diesem Zeitraum jedoch sehr viel passiert. Etwa zur gleichen Zeit, vielleicht 14 Tage vor der Debatte, kommt jährlich auch der Bericht des Wirtschafts- und Sozialrates heraus. Den können wir bereits nicht mehr berücksichtigen. Wenn wir noch früher herauskämen, wäre es noch schwieriger. Deswegen bleibt es wahrscheinlich bei diesem Termin. Was wir uns auch von Anfang an überlegt, aber bisher nicht fertiggebracht haben, wäre zur Vorstellung des Almanachs nicht nur eine Pressekonferenz zu organisieren, sondern auch eine Konferenz mit dem einen oder anderen Autor, der dort seine Ideen vortragen könnte, um vielleicht den Impact zu erhöhen. Das Problem dabei ist aber ein organisatorisch-personelles, da praktisch dieselben Personen, die noch mit der Endversion des Almanachs befasst sind, gleichzeitig die Konferenz vorbereiten müssten, und das in einem sehr engen Zeitrahmen, der normalerweise auch noch in die Osterferien hineinfällt. Das ist nicht einfach zu bewältigen.

Können Sie nach vier Editionen Sozialalmanach von einem konkreten Einfluss nicht nur auf die Debatte, sondern auch auf die Politikgestaltung sprechen?

R. U.: Wir hören von dem einen oder anderen Politiker bei Gelegenheit, dass er in den Almanach reingeschaut und dort auch etwas gefunden hat. Ab und zu zitieren auch manche Politiker das Werk. Insofern können wir zumindest feststellen, dass er irgendwo rezipiert wird. Wenn man Impact sagt, wäre die nächste Frage natürlich, ob die Initiative auch zu politischen Veränderungen führt? Das ist eine schwierigere Frage, weil man ja hier die Ursache-Wirkung-Relation nicht so leicht feststellen kann. Wenn also – und das ist in der Vergangenheit vorgekommen – irgendetwas im Sozialalmanach stand und im Verlauf des nächsten Jahres realisiert worden ist, ist es dann realisiert worden, weil es im Sozialalmanach stand oder eventuell sogar obwohl es im Sozialalmanach stand? Oder war die Zeit einfach reif dafür?

Können Sie ein Beispiel nennen?

R. U.: Die Dienstleistungsschecks beispielsweise. Die haben wir bereits Jahre vor dem Almanach propagiert und eben auch im Sozialalmanach, und die sind dann 2009 eingeführt worden.

Sie publizieren den Sozialalmanach parallel zum Bericht des Wirtschafts- und Sozialrates. Ist das für Sie ein Bezugspunkt? Soll er ein Gegengewicht darstellen?

R. U.: Nein, als solches war er nie gedacht. Der Bericht des Wirtschafts- und Sozialrates wird ja publiziert, wenn wir in Druck sind. Wir könnten höchstens im darauffolgenden Jahr darauf eingehen, aber dann ist es Schnee von gestern. Auf der anderen Seite denken und sagen wir seit Längerem, dass der Wirtschafts- und Sozialrat in Luxemburg ausschließlich von denselben Teilnehmern bestimmt wird wie die Tripartite, d. h. von den Arbeitgebern und Gewerkschaften und einigen weni-

„Ich habe schon den Eindruck, dass im sozialen Bereich der Wunsch existiert, die Politik auch zu beeinflussen und sie nicht nur hinzunehmen und als Feuerwehr zu agieren.“

gen Staatsvertretern. Es fehlt uns dort schon eine zusätzliche Komponente, man könnte es dritte oder vierte Bank nennen, wo die Zivilgesellschaft auch mit am Tisch sitzen könnte. Das ist beispielsweise beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat der Fall. Dort gibt es drei Gruppen: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und „Verschiedene Interessen“, die sind dann auch sehr heterogen. Das sind Bauern, Mittelständler, Familienverbände, aber eben auch Leute aus der Zivilgesellschaft, aus der Umweltbewegung usw. Unserer Meinung nach wäre dies ein gutes Vorbild, wie man den Wirtschafts- und Sozialrat auf weitere Beine stellen könnte. Das ist heute nicht der Fall. Als Zivilgesellschaft müssen wir uns daher außerhalb des Rates zu Wort melden. Insofern könnte man schon sagen, dass der Almanach den Bericht ergänzt, eben aus Sicht der Zivilgesellschaft, aber jetzt nicht konkret als Schatten- oder als Gegenbericht gemünzt.

Wie ist das zu verstehen? Schreiben Sie den Sozialalmanach aus der Perspektive der Caritas oder aus der Perspektive eines über Caritas hinausgehenden zivilgesellschaftlichen Ansatzes?

R. U.: Es ist tatsächlich so, dass wir in dem einen oder anderen Fall für den ersten Teil des Almanachs externe Autoren hinzugezogen haben. Das wird sicherlich immer wieder vorkommen, das hängt aber auch vom Thema ab. Im zweiten Teil schreiben immer fremde Autoren. Doch das was wir selbst schreiben spiegelt schon eine Caritas-Perspektive wider, die ist aber nicht so außergewöhnlich, dass niemand anders sie mittragen könnte oder dass es keine Überschneidungen gäbe. Daher denke ich, dass sich ein großer Teil der Zivilgesellschaft sicherlich dahinter stellen könnte. Das ist aber nicht die Absicht.

Der Sozialalmanach ist eingebettet in die Gesamtstrategie der Caritas, intellektuellen Input zu liefern. Sie haben eine Art Studiengruppe vor ein paar Jahren aufgebaut. Können Sie uns etwas über die Beweggründe sagen?

R. U.: Wir haben 2005 nach ein paar Jahren der vorbereitenden Überlegungen eine Abteilung geschaffen, die sich „Forschung und Entwicklung“ nennt. Dort betreiben wir jedoch keine reine Forschung im Sinne universitärer Forschung, sondern eher angewandte Forschung in Bezug auf Sozialpolitik. Dabei verfolgen wir seit mehreren Jahren zwei verschiedene Achsen: die eine nennt sich „Familie und Gesellschaft“, die andere „Wirtschaft und Solidarität“. In beiden Bereichen werden Projekte vorbereitet und in die Praxis umgesetzt, und wir versuchen auf diesem Wege, Impulse in die Gesellschaft zu geben. Und einer der Impulse ist der Sozialalmanach.

Ihr Vorhaben ist es, die gesellschaftliche Entwicklung zu beobachten, zu analysieren und Politikempfehlungen zu geben. Ist das richtig?

R. U.: Das könnte man sicherlich so umschreiben. Wobei beim Beobachten und Analysieren die

Gruppe nicht alleine gelassen wird, sondern es werden durchaus, sei es vom Präsidenten selbst oder vom Vorstand, Eingaben gemacht, die dann als Auftrag in die Gruppe gegeben werden. Die Idee des Sozialalmanachs hat der Präsident selber initiiert und quasi bestellt.

Wie finanziert die Caritas diese Studiengruppe?

R. U.: Das ist ein großes Thema. Wir haben anfangs gleich beim Forschungsministerium bzw. beim Fonds national de la recherche nachgefragt, sind dort aber sofort abgeblitzt, weil der FNR nur reine Forschungsinstitute unterstützen will und sich schwer tut mit allem, was nicht reine Forschung ist und was in den Sozialbereich hineinreicht. Wir regten dann an, ob man im Gesetz nicht einen entsprechenden Passus einbringen könnte. Das wurde aber auch nicht akzeptiert, so dass wir von dieser Seite her keine Finanzierung erhalten. Wir haben eine Grundfinanzierung, die wir aus der allgemeinen Dotation für die Caritas speisen. Es ist eine strategische Überlegung, dass man das Geld hier und nicht dort investiert, es fehlt uns dann natürlich an anderen Ecken. Aber man muss halt eine Grundfinanzierung haben, damit auch eine gewisse Sicherheit da ist; der Rest – der größte Teil – wird über (meist europäische) Projekte finanziert.

Könnte es Bedenken geben, dass die Arbeit einer solchen Studiengruppe dazu dienen könnte, die Position der Caritas auf dem Sozialmarkt noch weiter zu stärken?

R. U.: Wer könnte solche Bedenken äußern?

Die nationalen Geldgeber ...

R. U.: Ach ja; jetzt verstehe ich die Richtung der Frage. Das ist nicht auszuschließen. Es ist schon so, dass manchen Leuten die Caritas zu mächtig ist und sie dann nicht auch noch bereit sind, ihr die Denkarbeit zu finanzieren. Das könnte man

Nachdem die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung letztes Jahr Thema des Sozialalmanachs war, lautet der Titel der diesjährigen Ausgabe:



Aus der Krise in die Armut?

Der Sozialalmanach 2010 kostet 19,50 Euro und ist in allen guten Buchhandlungen erhältlich. Die Publikation kann aber auch direkt bei der Caritas bezogen werden durch Überweisung von 19,50 Euro (zzgl. 1,80 Euro für Versand) auf das Konto CCPL

IBAN LU09 1111 1293 8281 0000

mit dem Vermerk „Sozialalmanach 2010“.

„Letzten Endes kann das, was ihr machen wollt, nur Sozialabbau sein. Und ihr versteckt das hinter ‚selektiver Sozialpolitik‘.“

sich sicher vorstellen, ich kenne aber keine konkreten Beispiele. Aber eine solche Konstellation wäre denkbar.

Die Caritas versucht offensichtlich durch diese Initiative politischen Einfluss auszuüben. Sie hat sich damit gewissermaßen als Lobby und Pressure-Gruppe positioniert. Gab es in diesem Zusammenhang europäische Modelle, an denen Sie sich orientiert haben? Ist die Bertelsmann-Stiftung für Sie ein Vorbild gewesen?

R. U.: Die Inspiration kommt eher aus dem europäischen Caritas-Verband. Wir haben dort Beispiele aus anderen Ländern kennengelernt. Man muss wissen, dass auch heute noch die einzelnen Caritas-Organisationen durchaus unterschiedlich sind. Es gibt solche, die sehr viel Wert darauf legen, soziale Dienste anzubieten, und es gibt andere, die eher Wert darauf legen, den Armen eine Stimme zu geben, wie man so schön sagt. Und dann gibt es solche, die versuchen beides. Seit einiger Zeit ist die offizielle Position von Caritas Europa, dass Lobbyarbeit oder auch *advocacy*, d. h. die anwaltliche Vertretung, die andere Seite der Medaille darstellt. Es geht um dieselbe Arbeit: Menschen, die sich in schwierigen Situationen befinden, konkret mittels sozialer Dienste zu helfen, oder aber auch die Stimme für sie zu erheben, damit sich ihre Situation ändert. Insbesondere Caritas Schweiz war in diesem Zusammenhang für uns ein Vorbild. Wir arbeiten seit 1994 eng zusammen. Caritas Schweiz hat seit Längerem eine sogenannte Grundlagenabteilung mit sechs Mitarbeitern, die sich den Themenbereichen Migrationen, internationale Zusammenarbeit und Sozialpolitik widmet. Außerdem gibt Caritas Schweiz seit mehreren Jahren einen Almanach heraus. Unser luxemburgischer Sozialalmanach würde nicht existieren, wenn es den schweizerischen nicht gäbe.

Der Aufbau von intellektuellen, konzeptionellen und strategischen Kompetenzen stärkt ihre Position im Sozialbereich. Gibt es andere Akteure, die sich auf dieses Terrain wagen?

R. U.: Ja, aber nicht sehr viele. Wir wissen, dass SESOPI einen solchen Ansatz verfolgt und im Bereich der Migration durchaus seit Längerem etabliert und bekannt ist. Es gibt sicher hier und da Überlegungen bei verschiedenen NGOs, so etwas hinzukriegen. Man beginnt vielleicht mit kleineren Schritten, indem man z. B. die Pressearbeit ausbaut. Vor 10 Jahren war das weniger der Fall. Ich habe schon den Eindruck, dass im sozialen Bereich der Wunsch existiert, die Politik auch zu beeinflussen und sie nicht nur hinzunehmen und als Feuerwehr zu agieren für die Fälle, die unter die Räder gekommen sind.

Haben Sie auch Kontakte zur Universität?

R. U.: Ja, die haben wir. Wenn ich jetzt ein bisschen unverschämt wäre, würde ich sagen, auch das Umgekehrte besteht. D. h., dass wir Input an die Universität geliefert haben, etwa bezüglich

der Frage der frühkindlichen Erziehung und der Betreuungsstrukturen. In dem Bereich haben wir ein gewisses Know-how aufgebaut und da ist das eine oder andere von der Universität angenommen worden. Es gab immer wieder punktuelle Zusammenarbeiten. Nicht zuletzt gab es auch einige Artikel im Handbuch der Sozialarbeit, das die Uni letztes Jahr publiziert hat, und die zum Teil von Caritas-Mitarbeitern geschrieben wurden. Es gibt also einen gewissen Austausch und den wollen wir auch fördern.

Sie haben sich in den letzten Monaten auf spannende Weise zur Aktualität geäußert. Was uns aufgefallen ist: Die soziale Selektivität bezeichnen Sie als Unwort des Jahres ...

R. U.: Seit Ende letzten Jahres ist verstärkt von „selektiver Sozialpolitik“ oder „sozialer Selektivität“ die Rede gewesen, ohne dass irgendjemand bis heute konkret erklärt hätte, was eigentlich gemeint ist. Aus den Zusammenhängen, in denen der Begriff benutzt wurde, war herauszulesen, dass die sozialen Vergünstigungen in Luxemburg offenbar zu breit gestreut seien und nun zurückgefahren werden müssten, so dass sie nur den sozial Bedürftigen zugute kämen. Wir haben jedoch stets die Meinung vertreten, dass diese Vergünstigungen so gefasst sind, dass dies bereits jetzt geschieht. Da kann man nichts wirklich Selektiveres daraus machen. Aber bitte: Wenn ihr daran rütteln wollt, dann sagt, was ihr machen wollt. Letzten Endes kann das, was ihr machen wollt, nur Sozialabbau sein. Und ihr versteckt das hinter „selektiver Sozialpolitik“.

Im Allgemeinen war dann jeder einverstanden. Sätze wie „Die Gießkannenpolitik muss aufhören!“ hat man fast überall hören können. Nur, wo betreibt denn unser Staat eine Gießkannenpolitik? Wo will man denn konkret etwas ändern? Wenn man sieht, was an Vorschlägen auf den Tisch kam und was schlussendlich dabei herausgekommen ist, kann man nicht davon sprechen, dass man selektiver in der Sozialpolitik geworden wäre. Also, ich behaupte jetzt mal: Die haben da einfach nichts gefunden! Wir haben also Recht gehabt: Es geht gar nicht! Es ginge höchstens, indem man sozial ungerecht würde. Daneben gab es ja auch schon die Überlegung, das Kindergeld nicht jedem zukommen zu lassen. Warum müssen diejenigen, die genug Geld haben, auch noch Kindergeld bekommen? Das ist auf den ersten Blick eine Maßnahme, wo man den Eindruck haben könnte, es würde jedem mit der Gießkanne etwas gegeben. Betrachtet man sich die Sache aber näher, dann sieht man, es hat auch etwas mit dem sozialen Zusammenhalt zu tun. Wenn nämlich die Leute, die Steuern zahlen, mit denen dann das Kindergeld der anderen finanziert wird, selbst kein Kindergeld erhalten, ist die Gefahr sehr groß, dass sie sich entsolidarisieren. Das geschieht jetzt schon zum Teil. Das ist eine gefährliche Situation. Deswegen finden wir es wichtig, dass jedes Kind den gleichen Anspruch

auf Kindergeld hat, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern.

Wenn man jetzt in die Details geht, dann gibt es schon das Eine oder Andere wo wir sagen: Ja, da hätte man selektiver sein können – aber im positiven Sinne selektiver. Beispielsweise die Abschaffung der Zinsbonifikationen. Diese waren bisher allein von der Familiensituation abhängig und wurden jetzt komplett abgeschafft, ohne dass man dies an eine Einkommenssituation gekoppelt hätte. Ein anderes Element ist die sog. Krisensteuer. Dort ist man mit der Selektivität ja so weit gegangen, dass die Steuer erst ab dem Mindestlohn bezahlt werden muss. Wer weniger verdient als den Mindestlohn, zahlt also nicht. Man muss sich aber die Frage stellen, ob man eine solche Grenze unabhängig von der Familiensituation ziehen kann. Es ist nicht das Gleiche, ob ein Jungeselle, der vom Mindestlohn lebt, 0,8% Krisensteuer abgeben muss oder ein Familienvater mit drei Kindern. Aber das sind eher Kleinigkeiten. Man kann nicht sagen, dass wir, weil wir im Sozialetat selektiver geworden sind, mehrere hundert Mio. Euro eingespart haben. So hat sich das am Anfang angehört, aber so ist es ja dann nicht gekommen.

Warum Unwort? Weil der Begriff den sozialen Zusammenhalt untergräbt?

R. U.: Ich würde es Unwort nennen, weil eigentlich nie soziale Selektivität gemeint war, sondern immer nur Sozialabbau. So wie ich, wenn es denn erlaubt ist ein neues Unwort zu nennen, auch den „sozialen Index“ als ein Unwort bezeichnen würde, weil auch er nur etwas versteckt und nicht die Wirklichkeit darstellt. Aber das ist ein anderes Thema, über das wir im Herbst trefflich weiter streiten können.

Mit den Punkten, die Sie da eben angeschnitten haben, stehen Sie dem OGB-L eigentlich ziemlich nahe. Mit Ihrer Kritik an der ungleichen Verteilung von Reichtum wirken Sie sogar fast schon marxistisch. Wo ist die Caritas heute politisch verortet? Etwa links?

R. U.: Die Caritas ist ganz klar dort verortet, wo die Menschen leben, denen es in unserer Gesellschaft schlecht geht. Wenn das links ist... Also, ich denke diese Schemata von links und rechts funktionieren heute nicht mehr. Wir stellen sicherlich einen gewissen Grad an Gemeinsamkeiten fest mit Leuten, die sich als links bezeichnen würden. Das gleiche gilt aber auch für Leute, die sich als christlich-sozial oder grün bezeichnen – wobei man bei Letzteren beispielsweise auch nicht immer weiß, ob sie sich auf dem Spektrum links oder rechts befinden. Das Umgekehrte gilt genauso: Es gibt Leute, die sich als christlich-sozial bezeichnen und wo wir eher weniger Gemeinsamkeiten spüren, weil sie unserer Meinung nach doch eher wirtschaftsliberal denken. Und es gibt sicher auch Leute, die sich als links verstehen und mit der Caritas nichts zu tun haben wollen. Von daher ist die Einordnung in ein politisches Links-Rechts-Spektrum sehr schwierig. Wir

haben – und daraus machen wir keinen Hehl, das ergibt ja die gemeinsame Orientierung an christlichen Werten –, durchaus auch eine gewisse Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die sich an christlichen Werten orientieren. Sei es innerhalb der kirchlichen Institutionen – SESOPI oder die Kommission Justitia et Pax –, sei es außerhalb der Kirche als solcher, wo wir sicherlich eine privilegierte Zusammenarbeit mit LCGB und CSV haben. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Aber wir sind nicht mit diesen Einrichtungen verheiratet. Nein, ich denke die Positionen, die wir beziehen, orientieren sich immer daran, wie es denjenigen Menschen in unserer Gesellschaft ergeht, die am schlechtesten da stehen, und was die politischen Entscheidungen für diese Menschen bringen, und an der Frage, was andere politische Entscheidungen wären, die diese Menschen bräuchten, damit es ihnen ein wenig besser ginge. Wir orientieren uns an dieser Leitlinie. Und die hat etwas mit der bevorzugten Option für die Armen zu tun, wie wir sie aus dem Evangelium herauslesen. Und wenn das dann punktuell, stückchenweise oder in größeren Teilen übereinstimmt, mit dem was andere Leute aufgrund von anderen Vorüberlegungen oder Wertvorstellungen und Idealen entwickeln, dann ist das, unserer Meinung nach, nichts Schlechtes.

Vielen Dank für das Gespräch. ♦

(Das Interview fand am 21.5.2010 statt./JST)

NATURATA 20 Joer
Fair a kooperativ mat de Bio-Bauern 1989-2009

Luxembourg-Ville:

- 1 Rollingergrund**
 - Lebensmittelgeschäft
 - Bio-Metzgerei Quintus
- 2 Merl**
 - Lebensmittelgeschäft

Osten:

- 3 Munsbach**
 - Supermarkt - Lebensmittel
 - **Restaurant & Catering**
 - Akzent
 - (Naturkleider, Spielwaren, Bücher)

Norden:

- 4 Erpeldange**
 - Lebensmittelgeschäft
- 5 Hupperdange**
 - Hof-Laden Schanck-Haff

Süden:

- 6 Dudelange**
 - Lebensmittelgeschäft
- 7 Foetz**
 - Lebensmittelgeschäft

Goûtez le bio, goûtez la vie!

Äre Spezialist fir Bio- an Demeter-Liewesmëtzel

www.naturata.lu